

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Sozialausschusses

am Dienstag, 18.11.2003,

im Ratssaal

Anwesend:

Unter dem Vorsitz von Ratsfrau Maria Seifert

Die Mitglieder:

Breuer, Wolfgang
Dahmen, Michael
Dieler, Christa
Dreessen, Müzeyyen
Dyhringer, Norbert
Hemmers, Willi
Kolberg, Rosemarie
Kretschmer, Klaus
Peine, Franz-Josef
Schäfer, Bernd
Watenphul, Jürgen
Wünnenberg, Annette

Es fehlen:

Mann, Rudolf (wurde vertreten durch Wünnenberg, Annette)
Puschadel, Brigitte (wurde vertreten durch Schäfer, Bernd)
Schulte, Theodor (wurde vertreten durch Dreessen, Müzeyyen)

Beratende Mitglieder:

Plantenberg, Ingrid

Von der Verwaltung nehmen teil:

Hommel, Ulrich Michael
Böddeker, Rainer
Aspöck, Dietmar
Andres, Thomas

Beigeordneter/Stadtkämmerer
Städt. Oberverwaltungsrat
Stadtoberamtsrat
Stadtamtsrat

Jakob, Manfred
Wecking, Jörg

Stadtamtmann
Stadtamtmann

Als Gäste nehmen teil:

Neulken, Bernhard
Röring, Werner
Metin, Mehmet

AG Integration von Menschen mit Behinderung
Seniorenbeirat
Ausländerbeirat

Die Vorsitzende eröffnet um 16:04 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt die Anwesenden.

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner nach § 15 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

Es liegen keine Fragen vor.

2. Anträge nach § 48 Abs. 1 Satz 5 GO NW

Es liegen keine Anträge vor.

3. Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.

4. Niederschriften über die letzte öffentliche gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses am 29.07.2003 und die letzte öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 16.09.2003

Herr Peine beanstandet, dass in der Niederschrift über die gemeinsame Sitzung von Jugendhilfe- und Sozialausschuss eine Protokollnotiz fehle. Dem Angebot der Vorsitzenden, seine Bitte um Ergänzung der Niederschrift zu formulieren, kommt Herr Peine nicht nach.

Gegen die Fassung der Niederschriften werden keine Einwendungen erhoben.

**5. Sachleistungen für Flüchtlinge
- Vorlagen-Nr. 03/0491 -**

Herr Dyhringer begründet ausführlich den von SPD-Ratsfraktion/Grüne-Ratsfraktion am 04.11.2003 gestellten Antrag mit folgendem Beschlussentwurf:

„Der Sozialausschuss der Stadt Gladbeck lehnt eine Umstellung der Hilfe zum Lebensunterhalt für Flüchtlinge und Asylbewerber auf Sachleistungen ab. Er fordert die Verwaltung daher auf, ihren diesbezüglichen Haushaltsansatz für 2004 dieser unveränderten Praxis anzupassen.“

Herr Watenphul schlägt folgenden Beschlussentwurf vor:

„Eine Versorgung der in Gladbeck lebenden Flüchtlinge mit Nahrungsmittelpaketen wird abgelehnt.

Der Sozialausschuss verkennt nicht, dass die Verwaltung im Hinblick auf die schwierige Finanzsituation alle Möglichkeiten von Einsparungen ernsthaft zu prüfen und dem Rat vorzulegen hat.

Dies gilt gleichermaßen für alle anderen Städte des Kreises.

Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, das Thema „Sachleistungen für Flüchtlinge“ in die Konferenz der Sozialdezernenten der Städte des Kreises zu bringen und eine kreiseinheitliche Meinung und Regelung herbeizuführen.

In den Gesprächen sollte es um die Versorgung im Rahmen der Einrichtung von Shops bzw. Verkaufswagen gehen und dies unter Einbeziehung des örtlichen Einzelhandels z. B. zur Versorgung mit Frischgemüse, Brot u. a.“

In ihren Ausführungen schließt sich Frau Dreessen dem von Herrn Dyhringer gestellten gemeinsamen Antrag ausdrücklich an.

Im Rahmen der Diskussion nimmt Herr Hommel für die Verwaltung grundsätzlich Stellung. Er betont, dass die beabsichtigte Umstellung auf Sachleistungen nicht nur finanzielle Aspekte habe und Sozialmissbrauch verhindern solle, sondern zu einer ausgewogenen Versorgung der Familien und Kindern beitragen würde. Im Übrigen würde dem Gebot der Vorrangigkeit von Sachleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz Rechnung getragen.

Der weitergehende Antrag von SPD-/Grüne-Fraktionen wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss: 24/ 2003

Der Sozialausschuss der Stadt Gladbeck lehnt eine Umstellung der Hilfe zum Lebensunterhalt für Flüchtlinge und Asylbewerber auf Sachleistungen ab. Er fordert die Verwaltung daher auf, ihren diesbezüglichen Haushaltsansatz für 2004 dieser unveränderten Praxis anzupassen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

**6. Haushalt 2004
- Vorlagen-Nr. 03/0490 -**

Herr Watenphul kündigt an, dass die CDU-Fraktion beantragen werde, dass der Ansatz für Einnahmen aus Unterhaltsleistungen (UVG) mit 210.000 € unverändert bleibe.

Die SPD-Fraktion verfolgt nach den Ausführungen von Herrn Dyhringer folgende Ziele:

- a) *Die Zuwendungen für ehrenamtlich Tätige sollen auf 12.000 € aufgestockt werden.*
- b) Der Haushaltsansatz für Leistungen für Asylbewerber/innen soll der unveränderten Praxis angepasst werden (siehe TOP 5).
- c) Im Vermögenshaushalt soll der Ansatz für bauliche Änderungen und Verbesserungen (hier: Übergangwohnheim Frentroper Str.) um 175.000 € gemindert werden.

Herr Peine erklärt, dass die DKP-Fraktion einen Mieterbeauftragten, eine zusätzliche Planstelle im Bereich der privaten Insolvenzberatung, die Erhöhung des Ansatzes für Ferienfahrten sowie 20 % mehr Weihnachtsgeld für Sozialhilfeempfänger/innen und Kinder und Jugendliche in Heimen beantragen werde.

Beschluss: 25/ 2003

Der Sozialausschuss nimmt den Entwurf des Haushaltsbuches bezüglich der vom Sozialamt bewirtschafteten Haushaltsstellen und Produkte zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

**7. Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Obdachlosenunterkünfte
- Vorlagen-Nr. 03/0492 -**

Beschluss: 26/ 2003

Die als Anlage beigefügten Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden zur Kenntnis genommen und gebilligt.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Gladbeck, die als Anlage beigefügte achtzehnte Änderungssatzung der Stadt Gladbeck über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der städtischen Obdachlosenunterkünfte vom 15. November 1978 zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8. **Neufassung der Satzung über die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Gladbeck und die Erhebung von Benutzungsgebühren - Vorlagen-Nr. 03/0493 -**
-

Beschluss: 27/ 2003

Die als Anlage 2 beigefügten Wirtschaftlichkeitsberechnungen werden zur Kenntnis genommen und gebilligt.

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Gladbeck, die als Anlage 3 beigefügte Satzung über die Benutzung der Übergangsheime der Stadt Gladbeck und die Erhebung von Benutzungsgebühren zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. **Anfragen nach § 13 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse**
-

Es liegen keine Anfragen vor.

10. **Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**
-

Es werden keine Mitteilungen gegeben.

11. **Mitteilungen des Dezernenten**
-

Herr Hommel teilt mit, dass die geplante Podiumsdiskussion zum Stand der Modernisierung des Arbeitsmarktes nicht mehr in diesem Jahr stattfinden könne. Grund dafür seien nach Absage von Herrn Gerster weitere Terminüberschneidungen hinsichtlich der Podiumsbesetzung. Anfang des nächsten Jahres werde die Verwaltung in Absprache mit Frau Seifert einen neuen Termin vereinbaren.

Ende der Sitzung:

17:43 Uhr

M. Seifert
Ausschussvorsitzende

M. Jakob
Schriftführer